

Investitionsprüfung

Ein Schuss ins eigene Knie



Jean-Philippe Kohl

Vize-Direktor und Leiter Wirtschaftspolitik von Swissmem

In der Herbstsession berät der Nationalrat über die Einführung einer Investitionsprüfung. Dies würde teure Bürokratie schaffen, die Rechtssicherheit untergraben und dem Standort schaden. Auslöser ist die Angst vor dem Ausverkauf unserer Wirtschaft an die Chinesen. Ihr Anteil an den ausländischen Direktinvestitionen in der Schweiz beträgt aber nur rund 2 Prozent. Die übernommenen Firmen fanden meist keine Nachfolgelösung oder standen vor dem wirtschaftlichen Aus. Unter chinesischen Eigentümern entwickeln sich viele von ihnen gut. Offiziell lautet das Ziel des Gesetzes, Übernahmen zu verhindern, wenn diese «die öffentliche Ordnung oder Sicherheit der Schweiz gefährden oder bedrohen» – obwohl laut Bundesrat bis heute kein solcher Fall vorliegt.

Betroffene Bereiche wie die Strom- und Wasserproduktion befinden sich grösstenteils in öffentlicher Hand oder sind spezialgesetzlich reguliert. Ein Verkauf müsste ohnehin in einem politischen Prozess entschieden werden, wie derzeit bei der Weltraum-Firma Beyond Gravity. Die vorberatende Kommission will den Geltungsbereich noch erweitern: Auch die Versorgung mit essenziellen Gütern und Dienstleistungen soll explizit als schützenswert deklariert werden und der Bundesrat weiteren Spielraum erhalten. Damit droht die Ausdehnung auf unzählige Privatfirmen. Die Rechtsunsicherheit steigt.

Ist Brot ein essenzielles Gut? Wahrscheinlich schon. Dann müsste ein Verkauf der Jowa-Bäckerei an einen ausländischen Investor den Gang durch die Genehmigungsmühle antreten. Und wird ein defizitäres Unternehmen verstaatlicht oder geht bankrott, wenn sich kein Käufer findet? Das Projekt nimmt absurde Züge an und droht in behördlicher Willkür zu enden. Zugleich wird die Eigentums-garantie als zentrales Grundrecht unserer freihellichen Wirtschaftsordnung mit Füssen getreten. Privatunternehmen gehören nicht «der Schweiz»: Private Eigentümer tragen das unternehmerische Risiko und müssen auch frei über einen Verkauf entscheiden können. Einschränkungen ergeben sich einzig aus der geltenden Gesetzgebung wie im Kartellrecht, die für in- wie ausländische Firmen gilt.

Das Gesetz auf Vorrat entfaltet eine erhebliche negative Wirkung: Potenzielle Investoren – bereits heute gehören viele hiesige Industrieunternehmen ausländischen Muttergesellschaften – würden abgeschreckt. Schweizer Firmen, die selbst zu den aktivsten Auslandsinvestoren gehören, müssten zudem Retorsionsmassnahmen befürchten. Das Investitionsprüfgesetz schadet der Tech-Industrie und dem Standort Schweiz. Noch ist es für das Parlament nicht zu spät, diese unselige Übung abzubauen.

Jean-Philippe Kohl ist Vize-Direktor und Leiter Wirtschaftspolitik von Swissmem. Die Ansichten der Gastautoren müssen nicht mit jenen der Redaktion übereinstimmen.

AHV-Datengau

Direkte Demokratie stärken!

Sollen Volksabstimmungen wiederholt werden, wenn die Regierung dazu falsch informiert hat? Keinesfalls! Erstens informieren die Regierungen von Bund, Kantonen und Gemeinden bei sehr vielen Abstimmungen falsch. So bezeichnen sie den Verkehr mit ÖV, Elektroautos und Velos oft als emissionsfrei. Dabei braucht mehr Elektroverkehr mehr Strom, sodass schlussendlich fossile Kraftwerke mehr produzieren müssen, und mehr Velofahren bedingt mehr Nahrungsverzehr mit riesigem fossilem Fussabdruck. Viel Falschinformation bieten die Regierungen auch zur Personenfreizügigkeit, zu den Bilateralen I, zu Covid, Klima, Regulierungen der Arbeits- und Wohnraummärkte, zu Budget- und Baukostenprognosen und so weiter. Es müssten also nicht einzelne, sondern fast alle Abstimmungen wiederholt werden, und das zumeist mehrmals. Entscheiden würden dann die Gerichte, welches Ergebnis gelten soll.

Zweitens beeinflussen die Falschinformationen der Regierungen nicht nur Volksabstimmungen, sondern zuallererst die Entscheidungen der Parlamente und der Regierungen selbst. Es müssten also auch viele Parlaments- und Regierungsentscheide mehrfach wiederholt werden.

Drittens ist doch gerade das Hauptargument für direkte Demokratie, dass alles so kompliziert, unklar und unsicher ist. Falls Regierungen und Parlamente wüssten, was wahr ist, könnte man sie selbst entscheiden lassen. Weil sie es aber nicht wissen, braucht es einen offenen, problemorientierten, kritischen, wettbewerblichen und gesamtgesellschaftlichen Diskurs, wie er nur vor Volksabstimmungen entsteht.



Reiner Eichenberger

Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg

«Das Hauptargument für direkte Demokratie ist, dass alles so kompliziert, unklar und unsicher ist.»

Viertens würde die Aufhebung von Volksentscheiden bei Falschinformation bewirken, dass noch viel mehr Falschinformation verbreitet würde. Denn dann könnten die Regierungen, Parteien und Lobbys ihnen nicht genehme Vorlagen bodigen,

indem sie falsche Informationen verbreiten und diese nach verlорener Volksabstimmung als falsch brandmarken lassen, wonach dann Gerichte die Abstimmung annullieren.

Fünftens gibt es einen Mechanismus, mit dem Gruppen, die sich durch Falschinformation betrogen fühlen, ganz ohne Gerichtsentscheid die Wiederholung von Volksabstimmungen einfordern können: Volksinitiativen. Je gravierender die Falschinformationen waren, desto einfacher wird die Unterschriftensammlung.

Im Kampf um Wahrheit soll deshalb die direkte Demokratie nicht ausgehebelt, sondern gestärkt werden. Die falschen Behauptungen von Regierungen, Parteien und Lobbys müssen möglichst aufgedeckt werden. Dafür braucht es auf allen Staatsebenen unabhängige, vom Volk gewählte Kritik- und Gegenvorschlagskommissionen. Diese können Abstimmungsvorlagen und Parlamentsentscheide auf ihre Auswirkungen und Effektivität hin überprüfen, formell kritisieren und Gegenvorschläge zu Abstimmungsvorlagen zuhanden des Volkes formulieren.

Die fünf bis sieben Mitglieder der Kritik- und Gegenvorschlagskommission sollten vom Volk mit dem Majorzverfahren in einem Einheitswahlkreis gewählt werden. Das garantiert, dass die Kommissionen parteilich breit zusammengesetzt sind und sich anders als die parlamentarische Opposition stets um die Gesamtinteressen kümmern, konstruktiv bleiben und eine bürger-nahe Position vertreten.

Reiner Eichenberger ist regelmässiger Kolumnist der «Handelszeitung».

UBS-Ergebnisse

Der Härtetest kommt erst

Bei der UBS läuft es derzeit rund. Diesen Eindruck vermitteln die Zahlen zum zweiten Quartal, die erneut die Analystenerwartungen übertreffen. Im Schnitt hatten sie einen Vorsteuer-gewinn von knapp 1 Milliarde Dollar erwartet, die UBS wies einen Wert von 1,5 Milliarden Dollar aus. Doch Vorsicht ist geboten: Aufgrund der vielen Sondereffekte bei der UBS haben Analysten und Analystinnen so ihre Mühe mit genauen Schätzungen. Zudem kommen die positiven Nachrichten primär aus Bereichen, die nicht im Fokus stehen: So läuft es derzeit bei der Investmentbank – wie bei der Konkurrenz – besonders gut. Und die Abwicklungseinheit, also quasi die bankinterne Resterampe, überrascht einmal mehr mit guten Zahlen. Die Kernbereiche aber – also die Vermögensverwaltung und das Schweiz-Geschäft – schwächeln dagegen, bei der Vermögensverwaltung gehen die Kosten sogar rauf.

Hinzu kommt: In Sachen Integration kommt jetzt erst der wirklich schwierige Teil. Die Bank wird zwar nicht müde, ihre Fortschritte beim Kostensenken und bei der Integration der Credit Suisse zu betonen. So ist die Fusion der Mutterbanken sowie der Schweiz-Gesellschaften mittlerweile vollzogen.

Holger Alich
Stv. Chefredaktor

Doch nun müssen die Kundinnen und Kunden von den Systemen der Credit Suisse auf die Systeme der UBS überführt werden. Das ist eine Operation am offenen Herzen, denn die Kundschaft handelt ja weiter, einen Unterbruch kann sich die Grossbank nicht erlauben.

Erst wenn dieser schwierige Teil geschafft ist, kann die Bank die Ernte einfahren und die überflüssig gewordenen Systeme der Credit Suisse abschalten.

Das ist der Teil der Integration, der die grössten Kosteneinsparungen einbringen wird – und ja, sie ist auch verbunden mit einem beschleunigten Abbau beim Personal. In Sachen Kosten ist derzeit noch nicht so wahnsinnig viel passiert. Zwar lobt sich die Bankführung dafür, dass sie von den angepeilten jährlichen Kosteneinsparungen von insgesamt 13 Milliarden Dollar bereits 6 Milliarden Dollar erreicht habe.

Doch in der Bilanz machen sich diese Erfolge noch nicht so richtig bemerkbar. Selbst die bereinigte Kennzahl des Verhältnisses von Kosten zu Einnahmen liegt immer noch bei über 80 Prozent. Das ist meilenweit entfernt vom angepeilten Ziel von 70 Prozent.

Die UBS erwirtschaftet daher derzeit auch nicht ihre Kapitalkosten: Die Rendite auf das harte Eigenkapital beträgt weniger als 6 Prozent. Werte ab 10 Prozent gelten allgemein bei Banken als wertschöpfend. Diese Werte zeigen, wie knietief die UBS noch mitten im Integrationsprozess steckt.

Für Jubel ist es daher eindeutig zu früh.

DIALOG

Handelszeitung online

8.8.2024

«Temu zeigt die Kraft des Wettbewerbs»

Und schon loben viele wieder die chinesischen Shops, um dann morgen wieder gegen CO₂, Verkehr oder Fliegerei zu mosem. Und wir Schweizer Steuerzahler finanzieren noch jedes Paket, das aus China mit Luftfracht in die Schweiz kommt, meistens mit «Edelschrottpaketen» (Inhalt). Schöne neue Welt – und dann loben wir die auch noch.

B. Galzer

Die Leidtragenden dieser chinesischen Händler sind die Personen, welche die Produkte hergestellt haben. Bei jedem Kauf müsste sich der Käufer überlegen, wie viel geschätzte Zeit für die Herstellung wohl benötigt wurde und wie viel vom Verkaufspreis abzüglich Marge und Materialkosten als Lohn bezahlt werden konnte.

HZ-Benutzername: Stickel

Der Autor predigt den Wettbewerb und den freien Markt. Diese Haltung ist leider immer noch in vielen Köpfen vor-

handen und der Grund für die brotlose Situation für Millionen von Arbeitenden weltweit. Haben Sie eine Ahnung, was die Herstellung einer Pfeffermühle an Infrastruktur, Material, Löhnen und Logistik kostet? Am liebsten hätten Sie diese gratis, stimmts? Aber so funktioniert unsere Welt einfach nicht.

HZ-Benutzername: Juku

► Ihre Meinung ist uns wichtig. Wir freuen uns über Kritik, Lob und Anregungen über folgende Kanäle: E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch Twitter: twitter.com/handelszeitung Facebook: facebook.com/handelszeitung Online: Posten Sie Ihre Meinung auf www.handelszeitung.ch unter einen Artikel

IMPRESSUM

Redaktion «Handelszeitung» Ringier AG, Ringier Medien Schweiz Flurstrasse 55, 8048 Zürich, Telefon: 058 269 22 80 E-Mail: redaktion@handelszeitung.ch, www.handelszeitung.ch

Verlag Flurstrasse 55, 8048 Zürich, Telefon: 058 269 22 20 E-Mail: verlag@handelszeitung.ch Herausgeberin Ringier AG, Ringier Medien Schweiz, Bühelstrasse 5, 4800 Zofingen
Geschäftsleitung Ladina Heimgartner
Chefredaktor Markus Diem Meier (mdm)
Stv. Chefredaktoren Holger Alich (ali), Marcel Speiser (spm)

Redaktion Unternehmen/Politik: Michael Heim (Leitung/hec), Seraina Gross (stv. Leitung/rai), Carmen Schirm-Gasser (scc), Bernhard Fischer (fib), Andreas Güntert (ag), Gabriel Knupfer (gku), Andreas Valda (val) – Management: Tina Fischer (Leitung/fit) – Internationale Wirtschaft: Peter Rohrer (Chefökonom/rop), Fabienne Kinzelmann (kin) – Autor, redaktionelle Projekte: Stefan Barmettler (bar) – Volontariat: Lena Madonna (mdl), Samuel Walder (was) – Specials: Florian Fels (Co-Leitung/ff), Jasmine Ailig (Co-Leitung/ali)
Korrespondent Bundeshaus Andreas Valda (val)
Leiter Strategieprojekte-Management/Innovation Stefan Mair
Channel-Management Dominic Benz (Leitung/dob), Michael Hotz (mth), Olivia Ruffiner (rul)

Social-Media-Redaktion Lukas Borner
Ständige Mitarbeitende Kurt Bahnmüller (kb), Gisbert L. Brunner (glb), Fredy Gilgen (fg), Constantin Gillies (cg), Fredy Hämmerli (fh), Sira Huwiler-Flamm (huw), Pirmin Schilliger (ps), Silvan Wegmann (Karikaturist), Kurt Speck (spe), Daniel Tschudy (dts)
Sekretariat Denise Alt
Layout Julie Body (Creative Director/Leitung), Mario Imondi (stv. AD), Sarina Joos, Tessa Ruppert (Infografik), Marco Müller, Michael Müller, Bernadette Schenker
Bildredaktion Fotodesk RMS, Hanna Jaray
Korrespondent Susanne Scherrer (Leitung), Cordula Hawes-Bilger (stv. Leitung), Sonja Brunschwiler, Carsten Stütz, Karin Büchler

Bekanntgabe von namhaften Beteiligungen im Sinne von Art. 322 StGB: Admeira AG, Energy Broadcast AG, Energy Schweiz Holding AG, Energy Bern AG, Energy Zürich AG, Energy Basel AG, Grupa Ringier Axel Springer Polska AG, Gryps AG, Homster AG, JobCloud AG, OneLog AG, Ringier Central and Eastern Europe AG, Ringier Digital Ventures AG, Ringier Print Holding AG, Ringier Sports AG, Ringier Sports Media Group AG, SMD Schweizer Mediendatenbank AG, Ticketcorner Holding AG, Ringier Emerging Markets GmbH (Deutschland), Ringier MediaTech GmbH (Österreich), S.C. Ringier Romania S.R.L. (Rumänien), EJOBS GROUP S.R.L. (Rumänien), REALMEDIA NETWORK SA (Rumänien), Ringier Pacific Limited (Hongkong), Homsters Asia Pte. Ltd. (Singapur), Ringier Vietnam Company Limited (Vietnam), Ringier Vietnam Classifieds

Company Limited (Vietnam), Ringier South Africa (Pty) Ltd (Südafrika), Ringier One Africa Media (Pty) Ltd (Südafrika)
Vermarktung Ringier Advertising, Flurstrasse 55, Postfach, 8021 Zürich, Ringier Advertising, Flurstrasse 55, Postfach, 8021 Zürich
Anzeigen/Media Services: Tel. 058 269 20 00; mediaserviceprint@ringier.ch
AdOperations: Sabrina Miccolli
Abonnement: 1-Jahres-Abo Schweiz: Fr. 290.– (inkl. Porto und MwSt.), 1-Jahres-Abo Europa: Fr. 385.– (inkl. Porto), Halbjahres-Abo Europa: Fr. 160.– (inkl. Porto und MwSt.), Einzelverkaufspreis: Fr. 5.50; Erscheinung: wöchentlich (Donnerstag)/ 50 Ausgaben.
Kundenservice Telefon: 058 269 25 05, kundenservice@handelszeitung.ch
Druck DZZ Druckzentrum Zürich AG Werf-Auflage: 31969